



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund
www.dstgb.de

Aktuell zum Thema Langzeitarbeitslosigkeit

**DStGB-Analyse
November 2003**

Wisconsin-Modell gescheitert!

- Keine Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland ! -

Das Hessische Existenzgrundlagengesetz (EGG) wird mit den Erfolgen des sog. „Welfare-To-Work“ Programms des Staates Wisconsin begründet. Der Erfolg wird unter anderem damit begründet, dass die Zahl der Sozialhilfeempfänger um 89% gesunken ist.

Im Folgenden möchten wir auf die negativen Folgen des Programms hinweisen, die dazu geführt haben, dass von unabhängigen Experten aus den USA das Programm als gescheitert ausgewiesen wird. Dieses Scheitern wurde von drei politisch unabhängigen Instituten in den USA verfasst und in dem Bericht „Passing the Buck“ (Deutsch: „Den Schwarzen Peter zuschieben“) zusammengefasst.

(Internetquelle:

<http://www.wisconsinfuture.org/Low%20Wage%20Workers/Passing%20the%20Buck.pdf>
nur englischsprachig).

Zur Ausgangslage:

Wisconsin hat knapp 5,2 Millionen Einwohner, die Arbeitslosenquote in Wisconsin betrug 1998 3,2 % (in den USA 4,9 %). Zu dieser Zeit der niedrigen Arbeitslosenquote wurde das Programm "Welfare-To-Work" eingeführt. Zum Vergleich: In Deutschland liegt die Arbeitslosenquote bei knapp unter 10 %, in einigen Arbeitsamtsbezirken der ostdeutschen Bundesländer bei knapp unter 30 %. Selbst in der Phase der Rezession ist die Arbeitslosigkeit in Amerika nicht über 6 % gestiegen. Dies macht bereits deutlich, dass die Grundvoraussetzungen vollkommen unterschiedlich sind. Hierzu gehört ins-

besondere auch die Frage des Arbeitsrechtes. Für die USA bleibt festzuhalten:

- kein Kündigungsschutz bei Betrieben unter 100 Mitarbeitern
- Kündigung ohne Begründung (aber möglicherweise Abfindung)
- Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nur tariflich festgeschrieben
- Jahresurlaub 12 Tage
- keine Arbeitslosenhilfe.

1996 wurde das "Welfare-To-Work" - Programm eingeführt. Damit wurde die Sozialhilfe für Arbeitsfähige abgeschafft. Vermittlungsagenturen wurden beauftragt für die Arbeitslosen zunächst Arbeitsplätze auf dem regulären Arbeitsmarkt zu suchen, ersatzweise Probe-Arbeitsverträge bei privaten Arbeitgebern mit Lohnkostenzuschüssen. Wer auch dort nicht unterkommt, für den wurden Gemeinschaftsdienste für 673 Dollar pro Monat für 30 Stunden Arbeit geschaffen. Weitere Leistungen werden nicht gewährt.

Bewertung:

In Zeiten der Rezession zeigten sich sehr deutlich die Schwächen dieses Systems: Es wurde nicht erreicht, dass die Hilfeempfänger auf eigenen Beinen stehen. Jeder vierte Vermittelte stand innerhalb von 18 Monaten wieder bei den Vermittlungsagenturen, war also wieder ohne Arbeit. Die Kosten der Sozialhilfe sind zwar um 80 % gefallen, Betreuung und Fortbildung kosten aber soviel, dass der Sozialetat insgesamt um 20 % gestiegen ist.

Hinzukommen noch folgende Auswirkungen, die in Deutschland nicht diskutiert werden:

- die Zahl derer, die zwecks Erhalt von Lebensmitteln an Gemeindefoodlines verwiesen wurden, stieg zwischen 1996 und 2000 um 135 %;
- in einem Zeitraum von 5 Jahren stieg die Zahl derer, die Mahlzeiten in Suppenküchen erhielten, um 49 %;
- die Zahl derer, die von der zentralen Notunterkunft-Hotline an Notunterkünfte verwiesen wurde, stieg zwischen 1998 und 2000 um 53 %;
- Obdachlosenunterkünfte nahmen 2000 drei Mal so viele Menschen pro Nacht auf wie 1997;
- zwischen 1995 und 1999 verdoppelte sich die Zahl der Personen, die kostenlose gesundheitliche Versorgung in Krankenhäuser der Region in Anspruch nehmen mussten;
- die Zahl der unbezahlten Arztrechnungen stieg um 82 %;

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass den Empfängern von Transferleistungen nicht der Einstieg in die reguläre Arbeit gelungen ist, wie man auf Grund der sinkenden Zahl der Sozialhilfeempfänger annehmen könnte, sondern dass die meisten schlicht und ergreifend von der staatlichen Hilfe zur karitativen Hilfe (die es in den USA gibt) übergewechselt sind. Für Deutschland würde dies aber bedeuten, dass die notwendigen Kosten dieser Dienste (Unterkünfte, Lebensmittel etc.) von den Kommunen über die ergänzende Sozialhilfe zu finanzieren wären. Allein in Wisconsin bezogen 2002 8.000 ehemalige "Welfare-To-Work"-Empfänger wieder Sozialhilfe. Noch eine weitere Zahl: Das Arbeitsbeschaffungsprogramm in Wisconsin wird 2003 ca. 300 Mio. Dollar mehr kosten, als das frühere Sozialhilfeprogramm.

Fazit:

Der von drei politisch unabhängigen Instituten verfasste Bericht „Passing the Buck“ belegt im Ergebnis, dass ehemalige Sozialhilfeempfänger keineswegs den Einstieg in die Arbeitswelt geschaffen haben, wie man von der sinkenden Zahl der Sozialhilfeempfänger annehmen könnte, sondern dass die meisten schlicht und ergreifend von der

staatlichen Hilfe zur Caritas übergewechselt sind. Auch auf dem Arbeitsmarkt wurden nicht die gewünschten Effekte erzielt. Die Kosten für Sozialleistungen sind erheblich gestiegen.

Selbst ist Wisconsin mit vergleichsweise günstigeren Ausgangsbedingungen ist das „Welfare-to-Work“-Modell gescheitert.